

Inhaltsverzeichnis

A. Internationaler Terrorismus als Herausforderung der Staatengemeinschaft	11
I. Die Aufrechterhaltung von Freiheit und Sicherheit	11
II. Das Erkenntnisinteresse der Untersuchung	14
B. Völkerrechtliche Instrumente der Terrorismusbekämpfung	16
I. Militärische Maßnahmen gegen terroristische Organisationen	16
II. Nationale Befreiungskämpfe und Staatsterrorismus	20
III. Völkerstrafrecht	22
IV. Völkerrechtliche Abkommen zum Strafrecht und Strafverfolgungsrecht	23
V. Grenzen völkerrechtlicher Strategien	25
C. Die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen in der Europäischen Union	27
I. Die gegenseitige Anerkennung nationaler Strafgesetze und Rechtsakte	27
1. Der Europäische Haftbefehl	28
a) Die Grundsätze des Übergabeverfahrens von Personen	30
b) Die Vereinfachungen durch Ausnahmeregelungen des Rahmenbeschlusses	32
2. Die Sicherstellung von Vermögensgegenständen und Beweismitteln	34
3. Die gegenseitige Anerkennung von Geldstrafen und Geldbußen	35
4. Die gegenseitige Anerkennung von Einziehungsentscheidungen	36
5. Die rechtsstaatlichen Grenzen der gegenseitigen Anerkennung	38
a) Die Gefahr einer unionsweiten Verschärfung des Strafrechts	38
aa) Der Geltungsanspruch bürgerlicher Freiheiten	38
bb) Einstellungsentscheidungen als Ablehnungsgrund einer Übergabe ...	41
cc) Diskriminierungsverbote	42
b) Die hinreichende Berechenbarkeit kooperativer Strafverfolgung	43
c) Die Übergabe eigener Staatsangehöriger	44
d) Die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts	47

II. Die Harmonisierung des nationalen Strafrechts	50
1. Die unionsweite Definition und Strafbarkeit terroristischer Akte	51
2. Objektive und subjektive Merkmale terroristischer Straftaten	52
3. Weitere Harmonisierungserfordernisse	54
III. Das Verhältnis von gegenseitiger Anerkennung und Harmonisierung	56
IV. Die Rechtswirkung von Rahmenbeschlüssen	59
1. Der Ausschluss unmittelbarer Wirkung gem. Art. 34 II lit. b 3 EUV	59
2. Objektive Rechtswirkungen eines Rahmenbeschlusses	60
a) Dauerhafte unionsweite Umsetzungsverpflichtung	62
b) Beseitigungsverpflichtung bei Normkollisionen	63
c) Vorwirkungen	64
d) Rahmenbeschlüsse als Auslegungsmaßstab nationalen Rechts	65
e) Ausschluss eines Verdrängungseffektes eines Rahmenbeschlusses	67
f) Maßstabs- und Kontrollfunktion	68
3. Der Rahmenbeschluss als wirkungsvolles Handlungsinstrument	68
V. Die demokratische Legitimation gubernativer Rahmenbeschlüsse	69
1. Die eingeschränkte parlamentarische Entscheidungsfreiheit	71
2. Die Vorgaben des Demokratieprinzips für die Strafgesetzgebung	73
a) Keine Strafe ohne Parlamentsgesetz	73
b) Die Zulässigkeit kooperativer Strafverfolgung	74
3. Legitimationsdefizite im Mehrebenensystem	75
a) Gubernative Rechtsetzung	77
b) Mittelbare demokratische Legitimation	79
4. Verfassungsvertrag und Lissabonner Reformvertrag	83
VI. Die Kompetenzgrenzen eines europäischen Strafrechtsraumes	85
1. Die Zielsetzungen der Europäischen Union	85
a) Der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	85
b) Die Erforderlichkeit von Harmonisierungsmaßnahmen	88
2. Die Bewahrung nationaler Identität als Kompetenzausübungsgrenze	91
3. Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit unionsweiten Handelns	96
4. Die Folgen kompetenz- und rechtswidrigen Unionsrechts	98
5. Gegenseitige Anerkennung und Strafrechtsharmonisierung	100
VII. Die Akteursqualität der Europäischen Union	102

D. Der Schutz bürgerlicher Freiheit in einem europäischen Strafrechtsraum	107
I. Der notwendige Ausgleich zwischen bürgerlicher Freiheit und Sicherheit	107
II. Der Rechtsschutz des Einzelnen im überstaatlichen Verbund	110
1. Der EuGH als individualrechtsschützendes Gericht im Unionsrecht	112
a) Das Vorlageverfahren als Rechtsweg des Einzelnen	112
b) Der Prüfungsmaßstab des EuGH	114
2. Der EuGH als Kompetenzgericht	114
3. Die indirekte Überprüfung nationaler Umsetzungsakte	116
4. Die Unionsgrundrechte als Prüfungsmaßstab nationaler Gerichte	117
5. Sekundärrechtsschutz	119
III. Die Gewährleistungen der Europäischen Menschenrechtskonvention	120
1. Die Wirkung von EGMR-Entscheidungen in den Mitgliedstaaten	121
2. Die konventionsbedingte Rechtsprechung des EuGH	125
3. Die Kontrolle von Unionsrechtsakten durch den EGMR	126
IV. Die Funktion nationaler Verfassungsgerichte im Unionsrecht	127
V. Die Notwendigkeit einer kohärenten Grundrechtsjudikatur	129
E. Die Legitimation europäischer Terrorismusbekämpfung	131
I. Die gemeinsame Verantwortung der Handlungsebenen	131
II. Das Strafrecht als Integrationsdimension	133
III. Verfassungsvertrag und Vertragsrevision von Lissabon	135
IV. Weitergehende Ansätze	137
1. Ausbau des Grundrechtsschutzes auf Unionsebene	138
a) Dezentraler Rechtsschutz über das Vorlageverfahren	138
b) Der EGMR als Oberster Gerichtshof für Grundrechte in der Euro- päischen Union	142
c) Eine Grundrechtsbeschwerde zum EuGH	145
2. Parlamentarische Letztentscheidung im Bereich des Strafrechts	148
a) Die Funktion der nationalen Parlamente im Unionsrecht	149
b) Volle Zuständigkeit des Europäischen Parlaments	151

F. Integration als Sicherheitskonzept	156
I. Die Konstitutionalisierung des Völkerrechts	156
II. Der Schutz des europäischen Gemeinwohls vor terroristischer Bedrohung	158
Zusammenfassung	162
Literaturverzeichnis	174
Stichwortverzeichnis	195